

Zeitschrift:	Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology
Herausgeber:	Schweizerische Gesellschaft für Soziologie
Band:	18 (1992)
Heft:	3
Artikel:	Medienereignisse im sozialen Wandel
Autor:	Imhof, Kurt
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-814529

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MEDIENEREIGNISSE IM SOZIALEN WANDEL

Kurt Imhof

Soziologisches Institut der Universität Zürich*

Gesellschaften sind schlechterdings nur deshalb Gesellschaften, weil sich deren Mitglieder ihrer als solcher bewusst sind, wobei dieses Bewusstsein zwingend so etwas wie eine *Öffentlichkeit* voraussetzt. „Öffentlichkeit“ ist der Ort wo sich „Bilder“, „Symbole“ und „Ideologien“ spiegeln. Bilder, Symbole und Ideologien beleben also jene soziale Sphäre, die die *Intersubjektivität* der Subjekte einer Gesellschaft sicherstellt. „Gesellschaft“ ist somit im Kern ein phänomenologisches Konzept und die Analyse dessen, was die Öffentlichkeit einer Gesellschaft ausmacht, klärt uns über eben diese Gesellschaft – ihre Vergangenheit oder ihre Gegenwart – auf.¹

„Öffentlichkeit“ ist das Thema dieses Beitrages, präziser noch, erstens: sozialer Wandel in den modernen Gesellschaften und die Bedeutung der Öffentlichkeit; nochmals präziser, zweitens: die deutsch-schweizerischen Öffentlichkeit in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts und wie man „Öffentlichkeit“ vermessen kann; und schliesslich exemplarisch, drittens: Orientierungsunsicherheit und Orientierungswandel eines öffentlichen Mediums im Kontext der Wirtschaftskrise und angesichts der Machtergreifung der NSDAP im Frühjahr 1933.

Ich werde also – um ein Bild zu verwenden – Schachteln öffnen, die ineinander verschachtelt sind, um auf den Kern dessen vorzustossen, worauf es mir ankommt: auf den sozialen Wandel, wie man ihn erklären und wie man ihn messen könnte. In den drei Schachteln, die ich öffne, befinden sich – in Anbetracht der Kürze dieses Beitrages – Holzschnitte. Fangen wir mit dem ersten an.

* Vortrag z. Hd. der Arbeitsgruppe Symbole, Bilder und Ideologien am IX. Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Neuchâtel, Oktober 1991. Überarbeitung: November 91

1 Zur Analyse der Öffentlichkeit in gesellschaftstheoretischer Absicht vgl. Imhof 1993.

1. Sozialer Wandel in der modernen Gesellschaft und die Bedeutung der Öffentlichkeit

Die Theorieproduktion in den Sozialwissenschaften ist immer auch ein Spiegel ihrer Erfahrungen: Aus evidenten Gründen wurde die Krise der frühen 70er Jahre zum Ausgangspunkt theoretischer und empirischer Analysen von *Krisenerscheinungen*, wobei sich insbesondere die Zyklentheorien als inspirierend erwiesen.² Brüche der gesellschaftlichen Entwicklung unterminieren offensichtlich die für Aufschwungsphasen charakteristische Orientierung an Modellen stetiger gesellschaftlicher Entwicklung.

Dieser Einbruch in den langfristigen Wachstumstrend, der die Nachkriegszeit prägte, vollzog sich vor dem Hintergrund einer tiefgreifenden Um- und Neuorientierung, in der die Euphorie des unbegrenzten Wachstums verebbte und Orientierungsschwierigkeiten ob der gegenwärtigen Massnahmen und der zukünftigen Entwicklung an die Stelle einstiger Gewissheiten traten. Diese Erfahrung sensibilisierte die Theorieproduktion für den sozialen Wandel, präziser: für die Diskontinuität kultureller wie struktureller Entwicklungen, die sich als Abfolge von „*strukturzentrierten Phasen*“ und „*Krisenphasen*“ charakterisieren lassen (Imhof & Romano 1989).

Solche Perspektiven, die Phasen der Strukturstabilität wie solche des Umbruchs im historischen Prozess unterscheiden, rechtfertigen sowohl Wissenschaftstraditionen, die einen systematisch-abstrahierenden Zugang zu ihrem Objektbereich pflegen, als auch solche, die vorwiegend mit hermeneutischer Akkuratesse in die Vergangenheit eindringen. *Strukturzentrierte Phasen* erfordern dies auch. Zusätzlich benötigen sie jedoch die Erkenntnismittel zur systematischen Vermessung der Gesellschaft aus einer sozialwissenschaftlichen Sichtweise, die struktur-, funktions- oder systemtheoretisch argumentiert, um auf diese Weise die gleichsam verdinglichte „Mechanik“, die geronnene Struktur einer Gesellschaft freizulegen. Sie reflektieren damit den Umstand, dass das

² Vgl. z. B.: Juglar, C., Des crises commerciales et de leur retour périodique en France, en Angleterre et aux Etats-Unis, Paris 1862; Aftalion, A., Les crises périodique de surproduction, 2 Bde., Paris 1913; Kondratiev, N. D., Die langen Wellen der Konjunktur, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 56, 1926; Kuznets, S., Secular Movements in Production and Prices, New York 1930; Schumpeter, J. A., Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, 2 Bde., Göttingen 1961 (erste Ausgabe: Business Cycles. A Theoretical, Historical and Statistical Analysis of the Capitalist Process, London 1939); Spiethoff, A., Die wirtschaftlichen Wechsellagen. Aufschwung, Krise, Stockung, 2 Bde., Tübingen-Zürich 1955. Übersicht zu den langwelligen Ansätzen: Barr, K., Long Waves: A Selective, Annotated Bibliography, in: Review, II, 1979. Neuere Ansätze in: Freeman, C. (Hrsg.), Long waves in the world economy, London 1983.

Soziale nicht auf die Summe der Vorstellungen der Subjekte zurückführbar ist. *Phasen des Umbruchs* sind dagegen solche hoher Kontingenz, d. h. von unvorsehbarer Entwicklungsvarianz, und erfordern dementsprechend wissenschaftliche Sensibilität für Prozesse, zu deren Entschlüsselung hermeneutisches Verstehen unabdingbar ist. Dies bedeutet Einsicht in die Wirkkraft „grosser Figuren“, die über ihr Charisma Vertrauen akkumulieren und „Geschichte machen“, Einsicht in die kommunikativen Prozesse in kleinen, aber umso wichtigeren Gremien, die über gegenseitiges Vertrauen und die Überzeugungsfähigkeit von Ideen realisierbare Leitbilder kreieren und Einsicht in die plötzlich attraktiv werdenden Vorstellungen randständiger sozialer Gruppen etc.

Krise bedeutet in dieser Perspektive die Erosion vormals selbstverständlicher, konsensuell geteilter Gegenwartsinterpretationen wie Zukunftsperspektiven und damit den Abbruch vieler Konventionen, Denkgewohnheiten und Entwicklungspfade – hinein in eine Phase von “creative destruction”, in der gerade durch die Entwertung des Gewesenen das Innovationspotential eines neuen Aufschwungs entsteht. Nach mühsamen, konfliktiven Restabilisierungsprozessen wird der Anfang vom Ende der Krisenphase markiert durch die Diffusion eines neuen gesellschaftlichen Selbstverständnisses in Form konsensfähiger Weltinterpretationen, die in ihrer wirklichkeitssetzenden Kraft Unsicherheit reduzieren und jene Institutionsgeflechte definieren, worin Probleme erfasst und erfolgreich gelöst, sowie Konfliktaustragungen gewissermassen rationalisiert und institutionalisiert werden können.

Ausgangspunkt dieser krisentheoretischen Modellbildung ist – *erstens* – die Konzentration auf die *Deutungsbedingtheit* des Handelns. Wenn der Begriff der *Deutungsbedingtheit sozialen Handelns* ein Zentrum der Analyse bildet, dann müssen Krisenphänomene entsprechend auch als Prozesse der *Destabilisierung gesellschaftlich geteilter Deutungskonfigurationen* verstanden werden bzw. ist umgekehrt die Realisation einer neuen Wachstumsphase an die Diffusion von Deutungskonfigurationen oder Ideologien gebunden, die die Handlungskomplexität reduzieren und damit die Zukunft erschliessen.

Zweitens erlaubt diese Perspektive, das Phänomen gesellschaftlicher Krisen als zentrales Element sozialer Entwicklungsprozesse zu thematisieren: Krisen erscheinen nicht mehr nur als vorübergehende, mehr oder weniger gravierende Einbrüche in einen im übrigen geradlinigen und sich selbst regulierenden Entwicklungsprozess, sondern als *kontingenzerweiterte* Phasen sozialen Wandels, in denen die Richtung gesellschaftlicher Entwicklung selbst zur Debatte steht. Krisenphasen werden auf diese Weise zu jenen offenen Scheidestellen der Entwicklung, in denen der Aufbau neuer Strukturen gesellschaftlicher Entwicklung immer wieder von neuem geleistet werden muss und kann. Soziale

Krisen werden somit als jenes katalytische Moment der Entwicklung begriffen, in dem sich in kurzer Zeit konzentriert vieles ändert.

Drittens interpretiert dieser Ansatz Orientierungskrisen und die dadurch gesteigerte Aufnahmefähigkeit *alternativer Sinndeutungen* als Folgeerscheinungen sozialstruktureller Wachstumsprozesse, in denen anomieträchtige soziale Lagen entstehen, die durch die nicht adäquate Einlösung des einst Perzipierten akzentuiert werden. Gerade durch das kollektive Handeln der Gesellschaftsmitglieder in der Wachstumsphase ergeben sich nicht beabsichtigte Aggregatsfolgen, die schliesslich die Welt gleichsam wieder unter ihrer Interpretation wegdrehen: Auch der Wachstumsgewinner bleibt mit seinem Auto im Verkehr stecken und sieht seine Aussicht im einst in unverbauter Lage errichteten Einfamilienhaus im eigentlichen Sinne des Wortes sukzessive schwinden. Endlich oben angekommen – unter dem Stress schierer Leistung, im Aufstiegsgedränge und ständiger Adaption an neue soziale Umwelten – *profanisieren* sich die einst erstrebten Güter, verlieren an Nutzen wie Statuswert, und selbst hohe Bildung verliert an Machtanspruch und Sozialprestige, wenn sich im Bildungsboom ein Überhang an Akademikern abzeichnetet (Akademisierung von Teilen des Positionssystems). Wachstum produziert aber nicht nur Gewinner: Es verschieben sich die Sektorverhältnisse, ganze Branchen und Regionen büßen ein, während andere gewinnen, und geistige wie geographische Mobilität muss das einst erarbeitete, jedoch nicht mehr kompetitive Fähigkeitskapital mitsamt dem alten Arbeitsplatz ersetzen etc. (vgl. ausführlicher: Imhof, Romano 1988, 1991; Imhof 1990).

Wenn dem so ist, d. h. wenn der soziale Wandel als Abfolge von strukturzentrierten Phasen und Krisenphasen, die sich gegenseitig bedingen, verstanden werden kann, mehr noch: wenn die Bedingung für die Existenz sozialer Krisen im Wachstumsprozess selbst zu suchen ist (Hoffmann-Nowotny 1978), der über seine nicht-intendierten Folgen anomieträchtige soziale Lagen produziert, die es den davon Betroffenen verunmöglichen so zu sein, wie sie einst glaubten werden zu müssen, dann tritt die Öffentlichkeit als jene Sphäre, in welcher das Bestehende durch die nun *diffusionsfähige* Ideologieproduktion sozialer Bewegungen entlegitimiert wird, in den Fokus der Forschung. An der Öffentlichkeit bzw. an der Charakteristik des öffentlichen Räsonnements (Habermas 1984) – so die These – könnten wir den sozialen Wandel verfolgen, könnten wir „strukturzentrierte Phasen“ von „Krisenphasen“ unterscheiden, könnten wir die Konfliktivität aufeinanderprallender Krisenlösungsrezeptionen dingfest machen, könnten wir Unsicherheit und Orientierungslosigkeit (Siegenthaler 1984) in einer überkomplexen Welt festhalten. Eine vermessene Öffentlichkeit würde jene Repräsentativität sichern, die eine historisch-soziologische For-

schung als Voraussetzung ihrer Interpretationsarbeit benötigt. Aber lässt sich Öffentlichkeit vermessen?

2. „Vermessene Öffentlichkeit“

Es waren solche Überlegungen, die einst dazu führten, der Öffentlichkeit empirisch nahezutreten, um daraus nicht nur dem Verlauf, sondern auch der „Mechanik“ des sozialen Wandels auf die Spur zu kommen.

Im Nationalfondsprojekt „Krise und sozialer Wandel. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz“, versuchen wir über die Eruierung und vergleichende Analyse der bedeutendsten *Medienereignisse* in fünf überregionalen deutschschweizerischen Zeitungen in die Binnenperspektive vergangener Öffentlichkeit und damit politischen Denkens und Handelns einzudringen.³ Dies in einem Zeitraum, der das 20. Jahrhundert abdeckt und in der Absicht, einerseits die *Relevanzstrukturen* zu eruieren (d. h. die Selektion derjenigen Vorgänge in der Welt, die die Redaktion als berichtenswert erachtete) und andererseits die *Vorgangsinterpretationen* der jeweiligen Organe zu rekonstruieren, um damit Einblick zu erhalten in die zeitgenössische Realitätsdeutung.

Darüber hinaus sollten im Vergleich der *Medienereignisse* der verschiedenen Zeitungen und der je eigenen Semantik der Vorgangsbeschreibungen: Phasen erhöhter Konsensualität von denjenigen mit höherem Dissensgrad auf der Ebene der redaktionellen Vorgangsinterpretationen differenziert und die dazwischen liegenden Bruchstellen identifiziert werden.

Um dieses Vorhaben zu realisieren, werden in vergleichender Analyse des Stammteils dieser Zeitungen⁴ die pro Jahr und Zeitung zehn – nach Länge der Artikel gemessen – wichtigsten Medienereignisse erhoben. Jedes dieser pro Zeitung und Jahr zehn Medienereignisse (Rang 1–10) wird unter Berücksichtigung der redaktionellen Perspektiven beschrieben und kategorisiert.⁵ Dies versetzt uns in die Lage, die Deutungskonfigurationen und Relevanzstrukturen der beteiligten Organe über die Zeit festzustellen. In die Untersuchung ist ab

3 In diesem interdisziplinären Forschungsprojekt, welches durch die Forschungsstelle für schweizerische Wirtschafts- und Sozialgeschichte lanciert und mit Gastrecht beim Soziologischen Institut der Universität Zürich realisiert wird, sind gegenwärtig Mitarbeiter aus den Disziplinen Geschichte, Wirtschaftsgeschichte, Soziologie, Philosophie, Publizistik und Pädagogik beschäftigt.

4 Der Stammteil umfasst den eigentlichen, „historischen“ Zeitungskern ohne die im Verlaufe der Zeit dazugekommenen Beilagen.

5 Zur Methodik der Forschung vgl. Imhof 1993.

dem Jahrgang 1910 die freisinnige „Neue Zürcher Zeitung (und schweizerisches Handelsblatt)“ (NZZ), das „offizielle(s) Publikationsorgan der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz“, die „Tagwacht“ (TW), das „konservative(s) Zentralorgan für die deutsche Schweiz“, das „Vaterland“ (VA), das „unparteiische(s) Organ für jedermann und Hauptinsertionsblatt für die deutsche Schweiz“, der „Tages-Anzeiger“ (TA) und – ab Jahrgang 1960 – die „unabhängige Schweizer Tageszeitung“ „Blick“ einbezogen.⁶

Wir verfügen bis zu diesem Zeitpunkt über die Medienereignishierarchien, d. h. Rang 1–10 der Medienereignisse pro Zeitungsjahrgang, von 1910–1952.

Dadurch sind wir sowohl in der Lage, die vorgangsbezogene Berichterstattungsintensität und damit die *Relevanzstrukturen* der einzelnen Redaktionen zu rekonstruieren, als auch die redaktionellen *Ereignisinterpretationen* vergleichend zu untersuchen. Im Zeitraum von 1910 bis 1952 besitzen wir somit gleichsam eine „Zeitmaschine“, die es uns erlaubt, die zeitgenössischen Weltinterpretationen zu erfassen, die Symbole, Bilder und Ideologien, die diesen Interpretationen zugrundeliegen, dingfest zu machen und diese selbst miteinander zu vergleichen. Wie kann man dabei vorgehen?

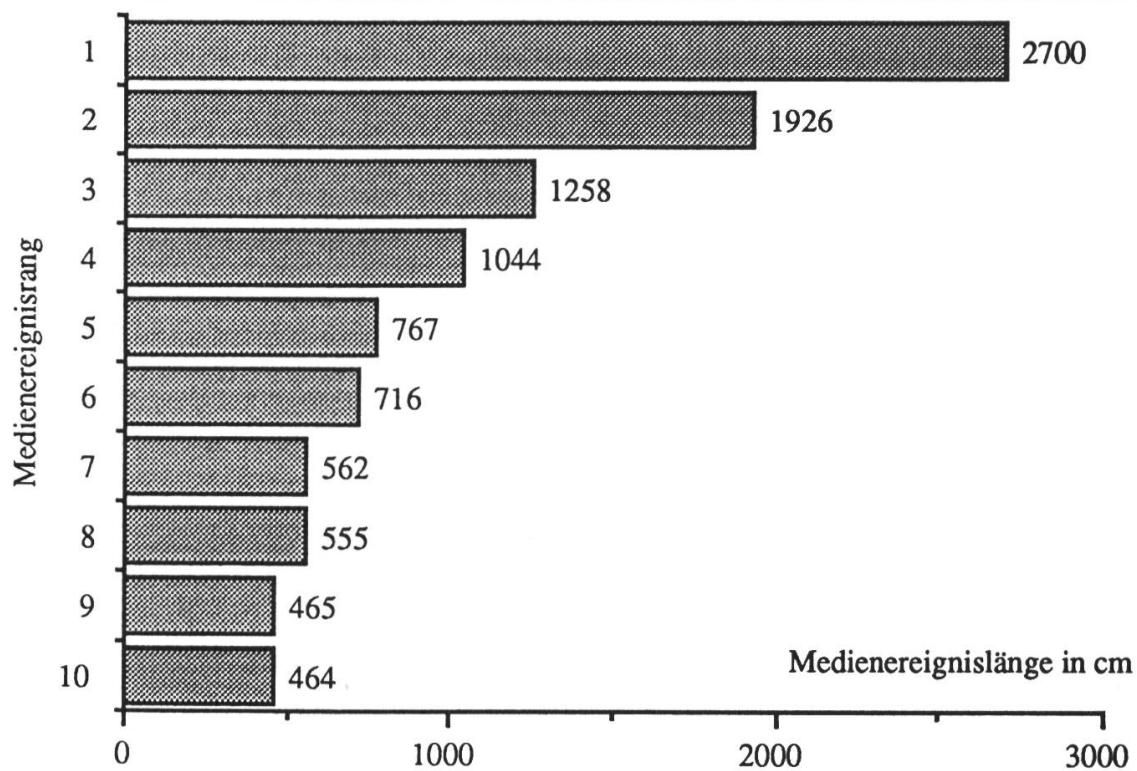
Exemplarisch wird in Graphik 1 aus der Fülle der Darstellungen zunächst die Medienereignishierarchie des „Vaterlandes“ 1933 vorgestellt. Das so aufbereitete Forschungsmaterial lässt sich nun je nach Forschungsinteresse weiterverarbeiten. Zum Zwecke der direkten Vergleichbarkeit der Medienereignishierarchien zweier oder mehrerer Zeitungen und zur Herstellung von Zeitreihen werden die einzelnen Medienereignisse an der Gesamtlänge der Medienereignishierarchie einer Zeitung *prozentuiert* und es werden *zunächst* nur diejenigen Medienereignisse herausgezogen, die nur von *einer Zeitung* produziert werden. Wenn wir dies tun, ergibt sich somit eine Zeitreihe, die das *Ausmass der Divergenz* in der Berichterstattung von Vorgängen erfasst.

Interessant an Graphiken, die die Divergenz der Berichterstattung – oder aber umgekehrt: die die Konvergenz, mithin die gemeinsame Thematisierung von Vorgängen in der Welt von zwei oder mehr Zeitungen darstellen – ist nun, dass sie ein *wellenförmiges Muster* zeichnen, welches folgende Eigenschaften aufweist: das Ausmass der divergenten Thematisierungen fällt in Krisenphasen deutlich niedriger aus als in „Normalphasen“, oder wie ich es nenne: in strukturzentrierten Phasen. Damit ist ein Krisenindikator gefunden, der den *konfliktinduzierten Zwang zur Thematisierung des Gleichen* misst. Das öffent-

⁶ Das erste Exemplar der Boulevardzeitung „Blick“ erschien im November 1959. Ab 1960 kann dieses Medium in die Erhebung einbezogen werden.

Graphik 1
Medienereignishierarchie „Vaterland“ 1933

Rang	Medienereignis	Anzahl Artikel	Objektbereich Geographie
1	100-jähriges Jubiläum des Vaterlands	30	National
2	Erneuerung der Schweiz	27	National
3	Lohnabbau-Vorlage Bundespersonal	23	National
4	Gleichschaltung in Deutschland	17	International
5	Nationalsoz.-Expansion vs Österreich	14	International
6	Bundesrätsliches Finanzprogramm	14	National
7	Reichstagswahlen	9	International
8	Nationale Erhebung in Deutschland	8	International
9	Weltwirtschaftskonferenz London	9	International
10	Fronten in der Schweiz	7	National



Anmerkung:

Die in dieser Graphik reproduzierten Angaben je Medienereignis (Rang, Name, Anzahl Artikel, Gesamtlänge der Artikel, geographischer Objektbereich) stellen nur eine Auswahl der vorgenommenen Kategorisierungen dar. Jedes der bis 1991 rund 1'700 eruierten Medienereignisse wird beschrieben, beschlagwortet, inhaltlich kategorisiert und im zeitlichen Verlauf erfasst.

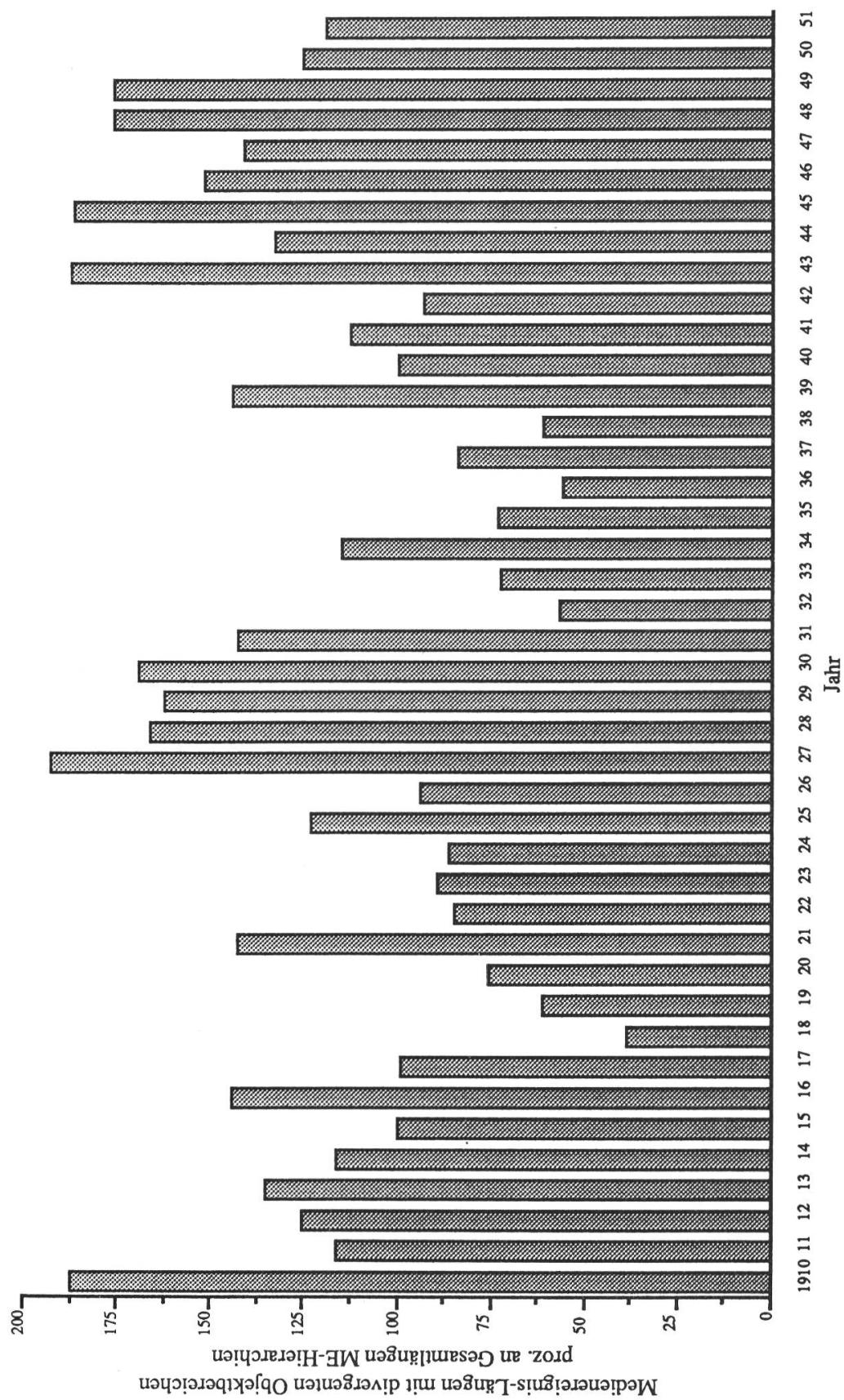
liche Raisonnement der hier verglichenen Parteiorgane NZZ, TW und VA – so die Quintessenz – verengt sich in den Krisenphasen des sozialen Wandels auf gleiche Themata. Umgekehrt gilt: politische Kommunikation zu Handen der Öffentlichkeit kann sich umso mehr den traditionellen Themen des eigenen politischen Subsystems zuwenden, je weniger konfliktiv der Wettbewerb um Diffusionsmacht ausfällt, d. h. umso gesicherter der Verteilungsmodus sozialer Macht und die institutionalisierten Verfahren der Interessenallokation erscheinen (vgl. Graphik 2: Ausmass der divergenten Thematisierungen (NZZ, TW, VA).⁷

Diese Graphik demonstriert, dass Krisenlagen durch hohe Konvergenz der öffentlichen Diskussion gekennzeichnet sind. In den Jahren 1918 bis 1920 sowie 1932 bis 1938 ist der *Divergenzgrad* zwischen den „Gesinnungsmedien“ NZZ, TW und VA ausserordentlich niedrig, mithin die *Konvergenz* hoch. Soziale Krisensituationen sind sowohl geprägt durch eine gesteigerte Hinwendung zu gemeinsam behandelten Themata als auch gesteigerter Konfliktivität. Je mehr vom Gleichen öffentlich gesprochen wird, desto höher ist das Konfliktpotential. Umgekehrt verhält es sich in den Jahren 1910 bis 1917 bzw. 1921 bis 1931 sowie nach 1939. Die Entlastung von der *kriseninduzierten* Zentrierung auf gleiche Themata bedeutet Freiheit für Divergenz bzw. für die Pflege derjenigen Themen, die in den politischen Subsystemen, denen die beteiligten Zeitungen angehören, verankert sind. Freilich bedeuten Krisenphasen mit ihrem Zentrierungsdruck auf gleiche Themata keineswegs dieselbe Interpretation der behandelten Vorgänge:

Die polaren Positionen, von der eine vergleichende Analyse der *Relevanzstrukturen* der zentralen Medien öffentlichen Räsonnements auszugehen hat, lassen sich folgendermassen zusammenfassen: *Absolute Divergenz* der massenmedialen Relevanzstrukturen würde bedeuten, dass sich die Mediennereignishierarchien aus gänzlich unterschiedlichen Mediennereignissen zusammensetzen. Konkreter ausgedrückt: Für jede der untersuchten Zeitungen wären im gegebenen Zeitraum andere Vorgänge meldenswert, die dargestellten Objektbereiche wären dann in keinem Fall deckungsgleich. Dies würde bedeuten, dass die untersuchten Blätter in verschiedenen „Welten“ existieren, zwischen denen keine wechselseitig anschliessbaren Relevanzstrukturen koordinieren. Dieser Fall ist in einer modernen Massengesellschaft, die sich aus

⁷ In der Darstellung werden hier nur die Parteiorgane berücksichtigt. Die Längen der Mediennereignisse mit divergenterem Objektbereich wurden an der Gesamtlänge der jeweiligen Mediennereignishierarchien prozentuiert und je Jahr aufsummiert. Absolute Divergenz der Mediennereignisse (differente Objektbereiche aller 30 erhobenen Mediennereignisse pro Jahr) ergäbe eine 300%-Säule.

Graphik 2: Ausmass der divergenten Thematisierungen (NZZ, TW, VA)



Gründen ihrer Identitätssicherung und Integration auf „Öffentlichkeit“ angewiesen sieht, kaum denkbar, d. h. die Partikularisierung wäre in diesem Fall so gross, dass nicht von „Gesellschaft“ gesprochen werden könnte.

Das Gegenteil stellt die *völlige Konvergenz* sowohl der Berichterstattung über Vorgänge in der Welt als auch ihrer Thematisierungsintensität dar (d. h. Gleichrangigkeit in der Medieneignishierarchie). In diesem Fall wären *dekkungsgleiche* Relevanzstrukturen bei konkurrierenden politischen Strömungen zu verzeichnen. Dieser Fall ist ähnlich unwahrscheinlich wie jener der absoluten Unvereinbarkeit der Relevanzstrukturen. Wichtiger aber noch: ein solcher Befund ist keineswegs Indiz einer umfassend gelungenen Integration der Gesellschaft. Denn während die Unvereinbarkeit von Relevanzstrukturen die Desintegration der Gesellschaft indiziert, bedeutet hohe Übereinstimmung noch keine hochintegrierte Gesellschaft. Im Gegenteil: Je mehr vom Gleichen gesprochen wird, desto grösser ist das Konfliktpotential. Die Bereitschaft und die Notwendigkeit, die vom politischen Gegner lancierten Themata aufzugreifen, ist aber nicht nur Voraussetzung hoher Konfliktivität, sondern auch die Bedingung der Möglichkeit eines Konsenses: Innerer Krieg und der Übergang zu innerem Frieden setzen ähnliche Relevanzstrukturen voraus. Weitgehend contingent ist freilich die Richtung, in welche sich ein derart zugespitzter Prozess entwickelt.

In unserem Erhebungszeitraum haben wir zwei Krisenphasen, die in ihrem Verlauf deutlich differieren: Während die „klassenantagonistische“ Krisenphase ausgangs des ersten Weltkrieges durch eine sehr hohe Konvergenz bei der Thematisierung von nationalen Vorgängen (*Binnenvorgänge*) gekennzeichnet ist, lässt sich in der „Weltwirtschaftskrise“ der 30er Jahre sowohl ein Anstieg der konvergenten Thematisierung von Binnenvorgängen feststellen als auch ein deutlicher Anstieg der gemeinsamen Thematisierungsintensität von Vorgängen ausserhalb der Schweiz (*Aussenvorgänge*) (vgl. Graphik 3: Konvergente Thematisierung von Binnenvorgängen bzw. Graphik 4: Konvergente Thematisierung von Aussenvorgängen NZZ, TW, VA).

Die ausserordentlich hohe Bedeutung der Szenen und Themen im Zusammenhang mit dem um 1918 zugespitzten FundamentaldisSENS zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung (Ernst & Wigger 1992) verdrängte gleichsam den Rest der Welt aus der schweizerischen Öffentlichkeit. Trotz Bürgerkrieg und Umwälzungen im Russland nach der Revolution, trotz des Zusammenbruchs Österreich-Ungarns, des deutschen Reiches und der damit verbundenen letzten Offensiven und trotz der Novemberrevolution in Deutschland dominierten 1918 in der Berichterstattung der Zeitungen insgesamt klar die Artikel zur desolaten Versorgungssituation der Schweiz, zur Teuerung, zum Konflikt um das Proporzwahlverfahren des Nationalrats, zur (hochpolitischen) Grippeepidemie

und zum Generalstreik. Der Konflikt im eigenen Haus lässt ein Europa zurücktreten, das sich fundamental verändert.

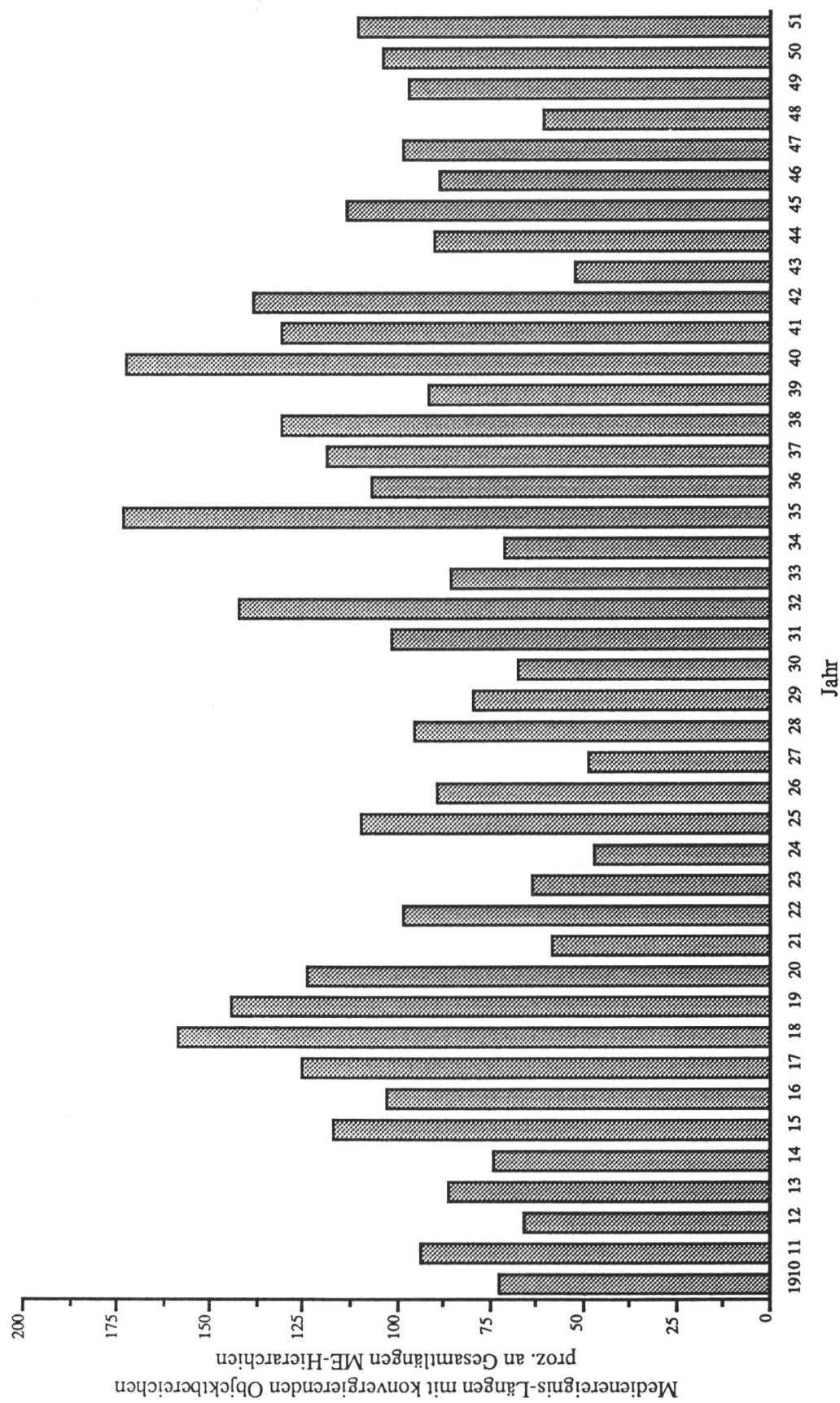
Der Verlauf der gemeinsamen Aussenorientierung des ausgewählten Teils der deutschschweizerischen Presse zeigt dann zu Beginn der 20er Jahre einen deutlichen Anstieg des gemeinsamen Interesses für Vorgänge ausserhalb der Schweiz bis 1924. Es war dies eine Phase, die mit der *konservativen Restabilisierung* nach den Jahren hohen innenpolitischen Konflikts 1918 und 1919 (Bürgerblockpolitik von Freisinn und Katholisch-Konservativen auf Kosten einer nach dem Generalstreik marginalisierten und sich 1921 spaltenden Arbeiterbewegung) und einer verstärkten Aussenorientierung der Schweiz (Völkerbundsbeitritt 1920) begann und mit dem Anfang der Locarno-Aera und der korrelativen Beruhigung der internationalen Lage ab 1924 endete.

Deutlich begannen sich die Zeitungen dann erst wieder ab 1932 intensiver für Vorgänge ausserhalb der Schweiz zu interessieren: die Abrüstungsquerelen, das wieder hochkonfliktive Reparationsproblem und die Regierungskrisen der Weimarer Republik markierten in ihrer hohen Bedeutung für die deutschschweizerische „Veröffentlichkeit“ in diesem Jahr eine Trendwende, die – unterbrochen im Jahr 1935 – bemerkenswerterweise vor dem zweiten Weltkrieg, d. h. bereits 1938 abbricht: das im Zusammenhang mit der offensiv revisionistischen Politik Deutschlands gegenüber den Versailler Friedensbestimmungen und dessen Annexionsbestrebungen entstehende Bedrohungspotential in Europa zentriert die Schweiz erst recht auf die Schweiz, nachdem sie sich schon zuvor verstärkt mit sich selbst beschäftigte (vgl. Graphik 3).

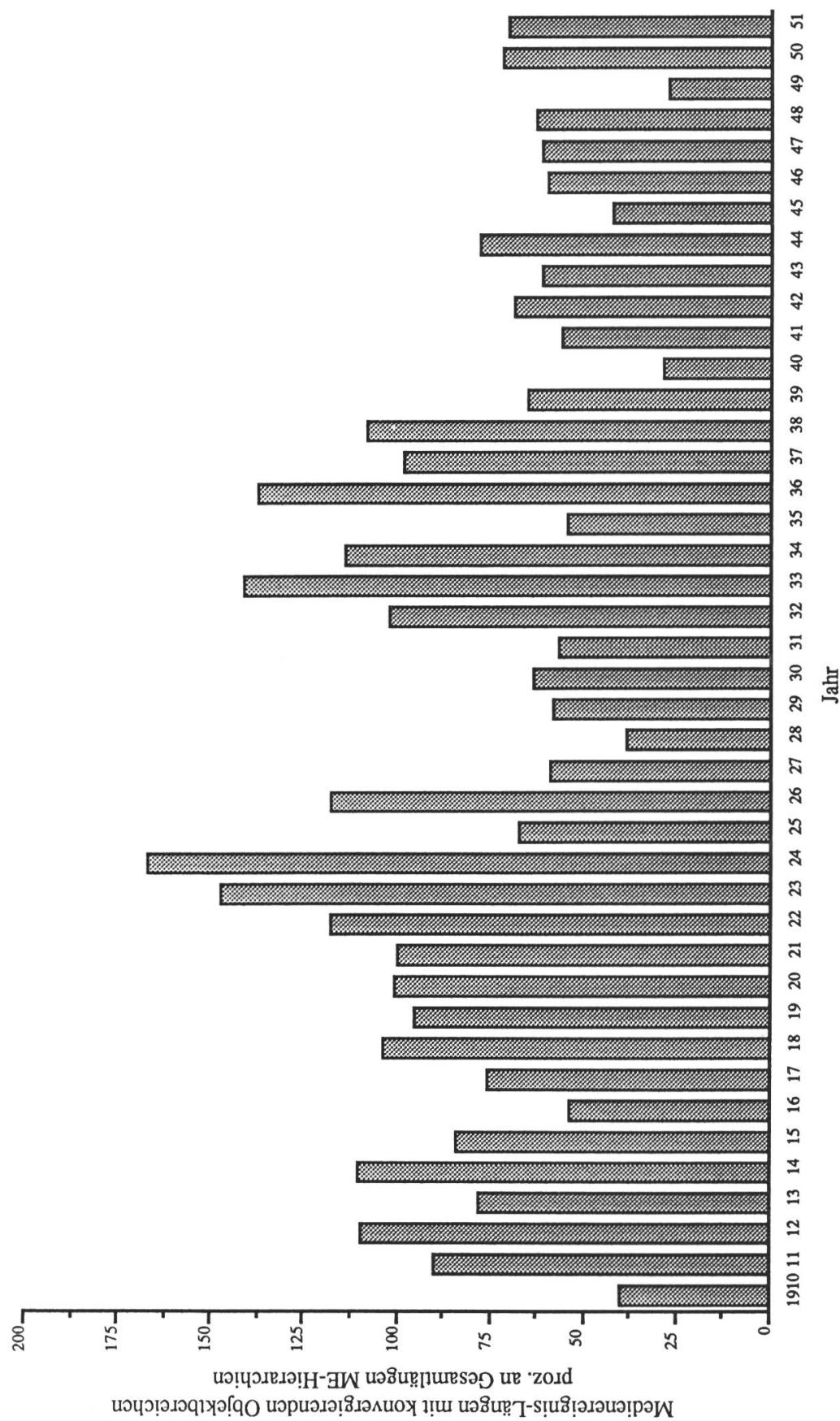
Präzis im Jahr der stärksten Bedrohung der schweizerischen Souveränität (1940) zeigt sich nach 1935 die zweithöchste im ganzen Erhebungszeitraum gemessene gemeinsame Thematisierungsintensität von Binnenvorgängen. Die schweizerische „Kriegswirtschaft“, die „Landesverteidigung“ und die „Bundesfinanzreform“ waren in diesem Jahr die wichtigsten Medienereignisse. Diese wurden inhaltlich allerdings wenig konfliktiv abgehandelt. Die steigende gemeinsame Thematisierungsintensität von Binnenvorgängen bedeutete nach 1935 und im Unterschied zu 1918 und 1919 und den Jahren 1931–1935, den Übergang zu und das Eintreten in eine Phase des „inneren Friedens“, dessen Modalitäten durch die Hauptprotagonisten der schweizerischen Politik neu ausgehandelt werden mussten. Die Aera der „geistigen Landesverteidigung“ ab 1937 bestätigte ein schweizerisches Krisenlösungsmuster dessen Wurzeln früher ansetzen.⁹

⁹ Das Konzept der „geistigen Landesverteidigung“ wurde bereits 1935 vom Verband „Schweizer Schriftsteller“ initiiert und 1937 über die Verbindungen der „Neuen Helvetischen Gesellschaft“ zum Bundesrat Basis der nationalen Identität (Vgl. Im Hof 1991, 246 f.).

Graphik 3: Ausmass der konvergenten Thematisierung von Binnenvorgängen (NZZ, TW, VA)



Graphik 4: Ausmass der konvergenten Thematisierung von Aussenvorgängen (NZZ, TW, VA)



1935 war der Konflikthöhepunkt der Krise der 30er Jahre bereits überschritten und es wurde qua Ausschliessung radikaler Vorstellungen zur Zukunft der Schweiz die Basis zu einer konsensorientierten Lösung gelegt: Denn dieses Jahr der höchsten gemeinsamen Thematisierungsintensität von Binnenvorgängen im ganzen Erhebungszeitraum (1910–1952) bündelt, einem Brennglas gleich, in Form von Abstimmungen, parlamentarischen Debatten und Wahlen die zentralen innenpolitischen Konfliktpunkte und Krisenlösungsmuster, die das öffentliche Räsonnement in der Schweiz seit dem Beginn der Diskussion um die volkswirtschaftliche Krisenpolitik (1931) bzw. seit den umwälzenden Ereignissen im nördlichen und östlichen Nachbarland (1933) prägten (vgl. Graphik 3). Um dies zu erläutern, werde ich auf drei der fünf gemeinsam thematisierten Binnenvorgänge kurz eingehen (vgl. die fettgedruckten Medieneignisse in den Graphiken 5, 6, 7).

Den Anfang macht ein Disput, der seit 1933 ständig an Bedeutung gewinnt: die „Wehrvorlage“ zur Verbesserung der Ausbildung und Infrastruktur der Schweizerischen Armee steht aufgrund eines Referendums der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) am 24. Februar zur Abstimmung. Während die beiden Bundesratsparteien die Vorlage wegen der Verschärfung der europäischen Bedrohungssituation entschieden befürworten, ist die Sozialdemokratie (SPS) in dieser Frage gespalten. Obschon sie sich unter inneren Friktionen mit der KPS gegen die Wehrvorlage ausspricht, mehren sich innerhalb der Partei, seit den Annexionsbestrebungen Deutschlands gegen Österreich (1933), die Stimmen, die Landesverteidigung nicht mehr grundsätzlich abzulehnen. Während sich das „Zentralorgan“ der sozialdemokratischen Partei der Schweiz schon 1934 positiv zur Landesverteidigung äussert, wird die Gesamtpartei 1935 offiziell ihre grundsätzliche Opposition gegen die Armee aufgeben. In der Folge wird die Stellung der SP zur Armee geradezu zur „Lackmus-Probe“ für die Partizipationsfähigkeit der Sozialdemokratie am Staatswesen. Die Abstimmung zur Wehrvorlage 1935 demonstrierte den bürgerlichen Parteien die tiefen Risse innerhalb des „Klassenkampfgegners“ bzw. die intraorganisationellen Orientierungsschwierigkeiten bezüglich eines Prinzips, welches für die Sozialdemokratie seit dem Ersten Weltkrieg und bis 1932 ausser Frage stand. Diesbezügliche Annäherungsmöglichkeiten waren von nun an gegeben.

Die folgenden zwei Abstimmungen im Juni und im September bringen die Krisenlösungsmuster der Sozialdemokratie und der „Nationalen Tatgemeinschaft“ (u. a. Frontenbewegungen und Jungkonservative) mit Unterstützung der Konservativen Volkspartei zur Abstimmung. Die „Kriseninitiative“, die unter Zuzug von bäuerlichen Kreisen im Mai 1934 lanciert wurde, stellte das wichtigste und umstrittenste innenpolitische Ereignis 1935 dar (vgl. die Graphiken

5, 6, 7).⁹ Die „Initiative zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not“ verkörpert das Credo der Sozialdemokratie seit der Aufnahme des Krisendiskurses. Sie richtet sich gegen die herrschende Deflations- und Lohnabbaupolitik und fordert eine massive staatliche Intervention zur „Rettung der Arbeit“ und zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise durch Steigerung der Massenkaufkraft. Entsprechend vehement wird dieser Vorstoss, den die Sozialdemokratie geschickt mit der Landesverteidigungsdiskussion verbindet,¹⁰ durch die „Konservative Volkspartei (KVP) und die FdP bekämpft.¹¹ Insbesondere zwei Momente sind an der Abstimmungsniederlage, die diese Initiative erlitt (567'000 Nein zu 425'000 Ja bei 83% Stimmteilnahme) bemerkenswert: zum einen liess sich am hohen Anteil der Ja-Stimmen zu einer Politik, die dem Staat mehr Raum zur Gestaltung der Rahmenbedingungen der volkswirtschaftlichen Entwicklung zumutet, nicht mehr risikolos vorbereiten, nachdem die deflationsorientierte, bürgerliche Krisenbekämpfungsstrategie keine Früchte zeitigte. Bei den Nationalratswahlen im Oktober ist denn auch die „vaterländisch-bürgerliche Mehrheit“ (NZZ 27.10.35) die Verliererin.¹² Und zum anderen offenbarte ausgerechnet die von KVP und der „Nationalen Tatgemeinschaft“ portierte Initiative zur Totalrevision der Bundesverfassung, dass zwischen diesem Krisenlösungsmuster, welches die Schweiz zu einem Stände-staat umzuformen trachtete, und demjenigen der Sozialdemokratie ein Berührungs punkt vorhanden war. Auch in diesem unscharfen, jedoch in seinen Konsequenzen wesentlich radikaleren Vorschlag zum Umbau der Schweiz geht es um eine neue, durch Berufsstände als intermediäre Korporationen funktionierende „Grenzregulierung“ (VA 6.3.35) zwischen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Der klassische Wirtschaftsliberalismus kam damit auch in der Schweiz von rechts wie von links unter Druck, und dieser liess ihn so weit erodieren, dass positionale Annäherungen in Richtung eines sozialmarktwirtschaftlichen Konsenses möglich wurden.

Hervorzuheben ist zusätzlich, dass die katholisch-konservative Volkspartei, die an ihrem Parteitag im August 1933 – mehr als inspiriert durch die „neuen sozialen Bewegungen“ der Krise der 30er Jahre, die Fronten –, in einem „Sofortprogramm“ die Revision der Bundesverfassung zur Realisierung eines

⁹ Anteil des Medienergebnisses an der Medienergebnishierarchie (Ränge 1–10): NZZ: 15%; TW: 18%; VA: 16%

¹⁰ „Im Vordergrund der Sorge um die Schweiz und um das Wohl des Schweizervolkes steht die wirtschaftliche Landesverteidigung.“ (TW 24.11.34)

¹¹ Z. B. „Alpdruck“ (NZZ 3.6.35); „erschütternder Anschlag“ (VA 1.3.35)

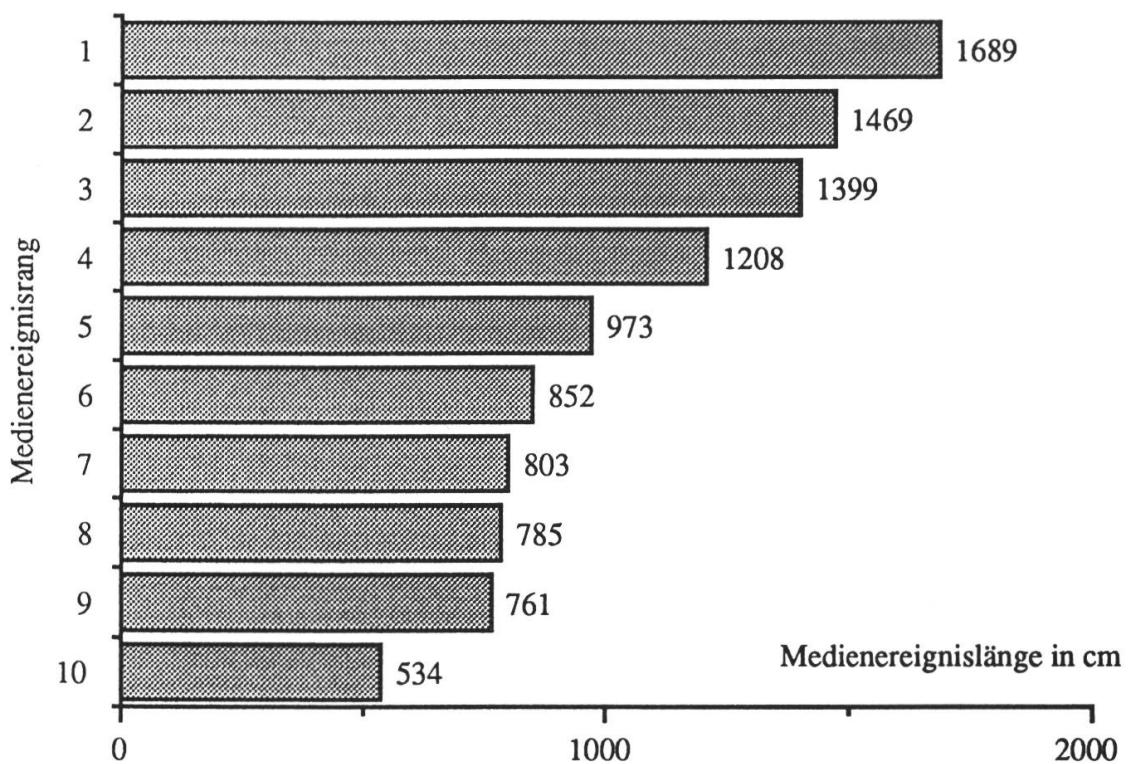
¹² Die SPS geht mit gleichbleibender Fraktionsstärke (50 Mandate) als stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Die FdP erreicht 48 Mandate (–4), die KVP 41 (–3), die Bauernpartei 22 (–7), die Jungbauern 4 (+3) und die Liste Duttweiler 7 (+7).

schweizerischen „Ständestaates“ forderte, in die Trägerschaft zum Initiativbegehren im Frühling 1934 nicht eintrat und sich 1935 nur unter erheblichen intraorganisationellen Kämpfen zur Unterstützung der Totalrevisionsinitiative durchringen konnte. Entsprechend dieser inneren Widerstände, die vor allem die „Uunausgegorenheit“ des Begehrens und die frontistische Trägerschaft kritisierten, wurde die Initiative vom Vaterland 1935 nicht mehr allzu ernst genommen und nur lau unterstützt. Die zunehmende Distanzierung von den Fronten, die noch im Frühjahr 1933 als neue „gesunde Kraft“ begrüßt wurden, ist für das Zentralorgan des politischen Katholizismus in der deutschen Schweiz unverkennbar. Der Kampf des Vaterlands galt 1935 mehr der Abwehr der sozialdemokratischen „Kriseninitiative“ als der Wegbereitung des autoritären Ständestaates durch den Erfolg der Totalrevisionsinitiative (vgl. Graphik 5). Zudem formierte sich zur Abwehr der Initiative eine „unheilige Koalition“: standen KVP und FdP in ihrer vehementen Opposition zur sozialdemokratischen Kriseninitiative noch drei Monate zuvor in enger Bürgerblockallianz zusammen, so sprachen sich nun die FdP und die SPS – diese jetzt als Verteidigerin der bestehenden Verfassung – gemeinsam gegen die Totalrevisionsinitiative aus. In der Beurteilung des zweiten wichtigen Plebiszits zur Veränderung des gesellschaftlichen Status quo waren sich die Neue Zürcher Zeitung und die Tagwacht weniger in der Vehemenz in der Sache einig: beide erachteten eine ständische Umstrukturierung der Gesellschaft weder für opportun noch für erfolgreich. Die politische Last der frontistischen Beteiligung an der Lancierung der Initiative erschien ihnen 1935 als derart schwerer Nachteil, dass die beiden alten Kontrahenten wenig Kraft für ihre Bekämpfung einsetzen mussten (vgl. Graphik 6 und 7)

Die Schweiz lernte in der hochkontingenten Vergesellschaftungsphase der ersten Hälfte der 30er Jahre vom Ausland (Imhof 1992b). Unter dem gemeinsamen Eindruck dessen, was sich insbesondere in Deutschland und in zweiter Linie in Österreich (Austrofaschismus) ab 1933 abspielte, gingen die wichtigsten Parteien über ihre Bücher. Die Parolen und Reaktionsweisen der wichtigsten Parteien der Schweiz im Jahr 1935 lassen sich ohne die Ereignisse in den Nachbarländern Deutschland und Österreich 1933 und 1934 nicht erklären: Das Zentralorgan des politischen Katholizismus wurde durch den (zu Beginn begrüßten) totalen Staat in Deutschland rasch mit der einsetzenden Kirchenverfolgung konfrontiert und zugleich belehrt. Bereits ab der zweiten Hälfte des Jahres 1933 geht die KVP auf vorsichtige Distanz zur Frontenbewegung unter Hinweisen auf die demokratischen Errungenschaften der Schweiz. Die Forderung nach der sofortigen Einführung des Ständestaats vom Sommer 1933 verkürzte sich bis 1935 zu einer zaudernden Zustimmung ohne konkreten Entwurf und danach zum blossen Lippenbekenntnis.

Graphik 5
Medienereignishierarchie Vaterland 1935

Rang	Medienereignis	Anzahl Artikel	Objektbereich Geographie
1	Kriseninitiative	29	National
2	Nationalratswahlen	27	National
3	Totalrevisionsinitiative	24	National
4	Finanzprogramm II	23	National
5	Italienisch-abessinischer Konflikt	19	International
6	Notmassnahmen des Bundes	15	National
7	Wehrvorlage	13	National
8	Kantonale Erneuerungswahlen	14	Regional
9	Kulturkampf in Deutschland	15	International
10	Wiedereinführung Wehrpflicht Deutschland	8	International

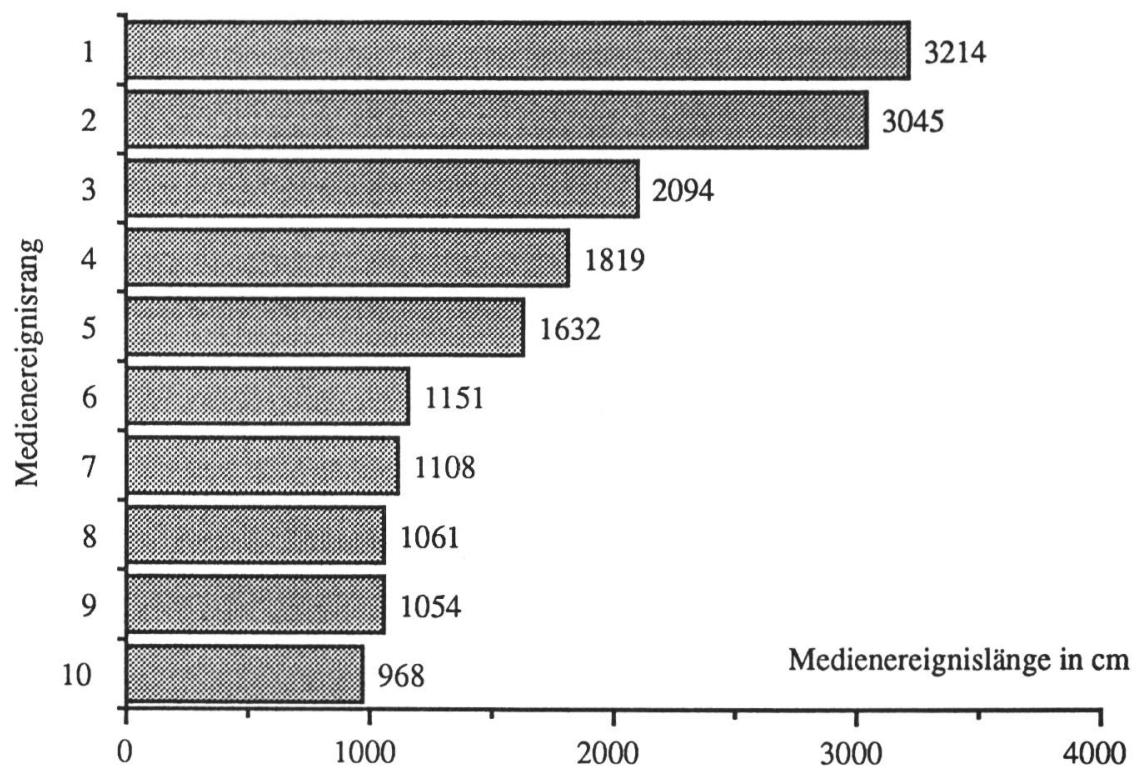


Anmerkung:

Die von den Zeitungen gemeinsam thematisierten Binnenereignisse sind fett hervorgehoben

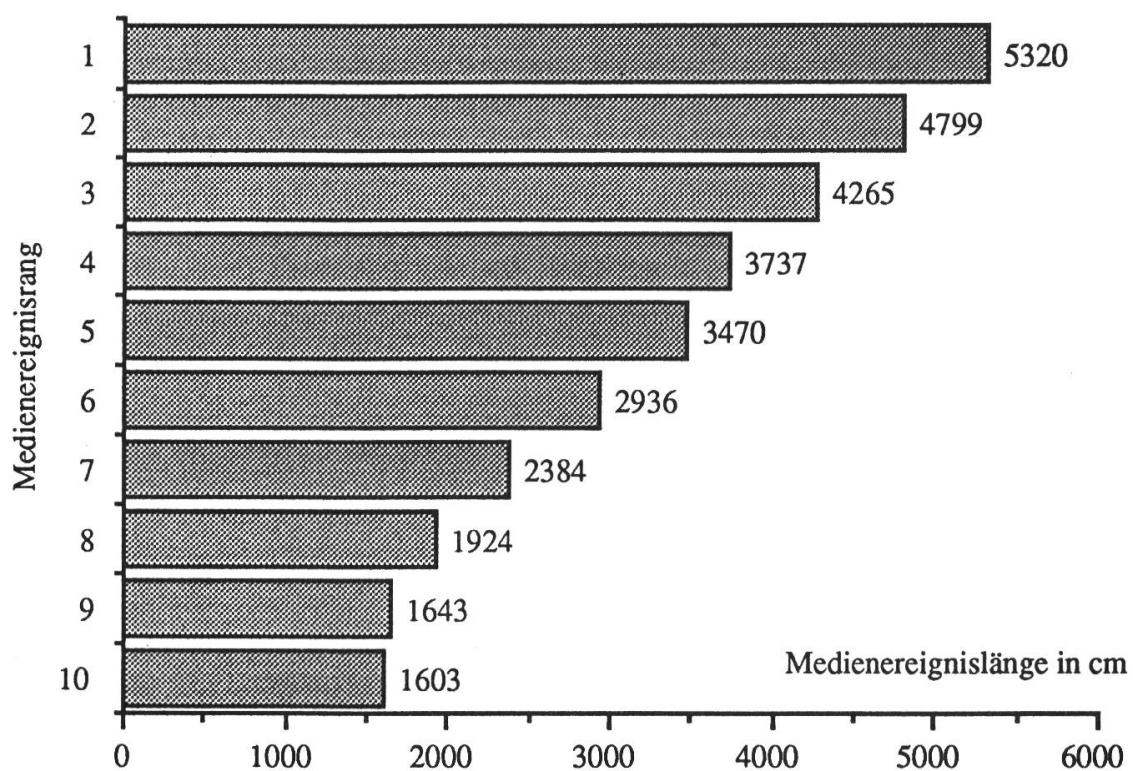
Graphik 6
Medienereignishierarchie Tagwacht 1935

Rang	Medienereignis	Anzahl Artikel	Objektbereich Geographie
1	Finanzprogramm II	48	National
2	Kriseninitiative	40	National
3	Nationalratswahlen	30	National
4	Fälschungsprozess: Zionistenprotokolle	13	National
5	Italienisch-abessinischer Konflikt	35	International
6	Totalrevisionsinitiative	18	National
7	Berner Finanzprogramm	12	Regional
8	Abstimmung im Saarland	14	International
9	Wehrvorlage	18	National
10	Wahlen Stadt Bern	11	Lokal



Graphik 7
Medienereignishierarchie NZZ 1935

Rang	Medienereignis	Anzahl Artikel	Objektbereich Geographie
1	Abessinien-Krise	102	International
2	Kriseninitiative	73	National
3	Finanzprogramm II	65	National
4	Sanktionspolitik gegen Italien	73	International
5	Wiedereinführung Wehrpflicht in Deutschland	63	International
6	Nationalratswahlen	55	National
7	Wehrvorlage	39	National
8	Abessinischer Krieg	31	International
9	Frankreich-Russland-Pakt	29	International
10	Totalrevisionsinitiative	28	National



Die Sozialdemokratie – vom Untergang der SPD und der akuten Bedrängnis der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) geschockt – verbreiterte ihre politische und ideologische Basis durch einen Antifaschismus, der sie zur Verteidigung der Demokratie und zur Befürwortung der Landesverteidigung motivierte.

Der Freisinn und mit ihm die NZZ schliesslich sah den Nationalsozialismus rasch als gleichbedeutend mit der Vernichtung jeglicher Formen bürgerlicher Freiheiten und interpretierte den eskalierenden Nationalismus im Nationalsozialismus und Faschismus in Deutschland wie in Österreich und Italien als „Krankheit“ (NZZ 7.5.33) und „nationale Gefahr“ für die Schweiz (24.7.33). Zur Verhinderung ihrer Verschärfung fordert sie die Sozialdemokratie auf, von ihren Klassenkampfpositionen abzurücken, um gleichsam in negativer Dialektik der Expansion nationalistischer Bewegungen keinen Vorschub zu leisten. Ausserdem öffnet sie sich in den epischen Debatten um die Sicherstellung des schweizerischen Finanzhaushalts (Finanzprogramm II) und um die Kriseninitiative der Einsicht in das Dilemma, an dem die sozialmarktwirtschaftliche Wirtschaftssteuerungspolitik ansetzen wird: dass „.... der Bundeshaushalt ... nach seiner Struktur labil und krisenempfindlich [ist], während der Bundesbedarf ein typisch wirtschaftlicher und sozialer Notbedarf ist, der an dem Zeitpunkt anschwillt, in dem die Einnahmen automatisch zurückgehen: in der Krise“ (NZZ 12.8.35).

Im Gegensatz zum *totalitären Krisenlösungsmuster* in Österreich und Deutschland 1933 und auch im Gegensatz zum *konfliktzementierenden Volksfrontmodell* in Frankreich und Spanien 1936 zeichnete sich in der Schweiz ab 1935 eine Krisenlösung ab, welche als *Konkordanzmodell* bezeichnet werden muss.¹³ Das sozialmarktwirtschaftliche Gesellschaftsprojekt, welches Sozialpartnerschaft, Wachstumsorientierung, sozialstaatliche Krisensteuerung und die Partizipation der wichtigsten politischen Kräfte anzielt (Imhof & Romano 1989), begann sich ab der Mitte der 30er Jahre herauszukristallisieren und wurde sekundär in der Aera der geistigen Landesverteidigung ab 1938 stabilisiert. Sukzessive wurde der Klassenkampfgegner der Bürgerblockparteien KVP und FdP, die SPS und die Gewerkschaften zuerst auf der Ebene der Kantone, dann auch auf Bundesebene in die Regierungsverantwortung einbezogen oder an der Interessen- und Machtallokation in „gemischten Institutionen“ beteiligt.¹⁴

13 Zur interessanten Frage einer vergleichenden Krisenforschung nach der spezifischen Totalitarismusresistenz der Schweiz vgl. die Ausführungen in Imhof 1992b.

14 Z. B. Einsatz der SPS in der bundesrätlichen Pressekontrollkommission 1934, Befürwortung der Landesverteidigung und Elimination des „Diktaturparagraphen“ 1935, Friedensabkommen 1937, Bundesratsbeteiligung Nobs 1942. Diese politische Integration der SPS verhinderte die von der KPS – unterstützt durch die seit der Machtergreifung der NSDAP realistischere Einheitsfrontpolitik der Komintern – gewünschte Einheitsfront im antifaschistischen Kampf.

3. Orientierung in der Krise oder vom Wechsel der Perspektiven: das konservative Zentralorgan für die deutsche Schweiz im Jahre 1933

Als Beispiel für die Zäsuren im politischen Denken und Handeln, die die Ereignisse in Deutschland und Österreich bei den staatstragenden Parteien der Schweiz auslösten, soll hier die katholisch-konservative Volkspartei mit ihrem Zentralorgan dienen (vgl. ausführlicher: Imhof 1993b).

Überblickt man die Berichterstattung des Vaterlandes in der entsprechenden Medienereignishierarchie (vgl. Graphik 1), so fällt zunächst auf, dass neben dem aussergewöhnlichen Medienereignis „100jähriges Jubiläum des Vaterlandes“ (Rang 1) und der Berichterstattung zur Weltwirtschaftskonferenz in London (Rang 9) – worin die dezidierte Stellungnahme gegen die nachfrageorientierte und inflationsfördernde Wirtschaftspolitik des Roosevelt'schen „New Deal“ auffällt – nationale Themen sowie die Beschreibung der innenpolitischen Entwicklung in Deutschland und dessen aussenpolitischen Aktionismus dominieren. Der Leser des Vaterlandes sah sich 1933 einer Welt gegenüber, die fast ausschliesslich aus der Schweiz, Deutschland und Österreich bestand. Er wurde ausserdem mit einer Welt konfrontiert, in der alles miteinander verknüpft erschien und die für seine Zeitung ausserordentlich schwer zu interpretieren war. Der Konsument des Vaterlandes sah sich gezwungen, einen doppelten Einschätzungswandel der Redaktion nachzuvollziehen, die in ihrer Irritation über den Erfolg und die Machtpolitik gegenüber der NSDAP einerseits und über das schlagartig eskalierende Phänomen der schweizerischen Fronten andererseits, nicht nur offen eine Orientierungskrise eingestehen musste, sondern darüber hinaus von der Geringschätzung der NSDAP noch im Februar 1933 zu einer betont affirmativen Berichterstattung der „nationalen Erhebung in Deutschland“ wechselte (Rang 8), um erst danach in der dezidierten Verurteilung des „geistigen Terrorsystems“ im nördlichen Nachbarland eine in der Folge gültige Interpretation zu finden (Gleichschaltung in Deutschland: Rang 4). Synchron zu diesem entscheidenden Einschätzungswandel entwickelt sich auch das Verhältnis des Vaterlandes zu den schweizerischen „Fronten“ und zu politischen Konzepten, die eine ähnlich radikale Lösung des gesellschaftlichen Fundamentalkonflikts zwischen Arbeit und Kapital und der ökonomischen Krise anzielten: die beinahe euphorische Begrüssung der „gesunden, neuen Kräfte“ im Staatsleben verwandelt sich in diesem Jahr zu einer Rückbesinnung auf die eigenen ideellen Ressourcen und zu einer wachsenden Distanzierung von diesen „neuen Bünden“.

Diesen Prozess nachvollziehend, stösst man zunächst auf die Ursprünge der primären Irritation des Vaterlandes in ihrer Berichterstattung zu den Reichstagswahlen am 5. März 1933.

Zu Beginn der Wahlberichterstattung traut das Vaterland Hitler und der NSDAP, sowie Hugenberg's Deutschnationalen die Reichstagsmehrheit kaum zu. Das Vaterland konstatiert, dass die Wahl gegen das katholische Zentrum geführt würde und interpretiert die neue deutsche Regierung als massgeblich bestimmt durch den alten Katholikengegner Hugenberg. Im Verlaufe des Wahlkampfes zeigt sich dann das Vaterland auf das Höchste beeindruckt von der Massenpsychose, die Hitler und Goebbels auslösen: „Es ist höchste Zeit, dass wir uns in eine nüchterne Atmosphäre hineinflüchten, der Einflusszone dieser Psychose entziehen“, schreibt der Redaktor des Wochenrückblickes (Die Woche) am 25.2.33. Entsprechend der Wirkung der Hauptparolen der Nationalsozialisten in diesem Wahlkampf kommt das Vaterland nicht umhin, Hitlers Prophezeihung, den Bolschewismus und die Gottlosigkeit auszurotten, zu begrüßen. Trotz der Wahlpropaganda gegen die deutsche Schwesterpartei spricht das Vaterland um dieses Vorhaben zu realisieren (25.2.33) früh von der Notwendigkeit einer Front aller nationalen Parteien. Der Brand des Reichstages wird vom Redaktor sofort als Unterstützung für die Nationalsozialisten interpretiert – freilich unter Übernahme der Goeringschen Verursacherthese: „Den Nationalsozialisten leuchtet der Brand des Reichstages als eine Riesenfackel auf der letzten Etappe ihres Sturmangriffs“. Das sei gerade noch notwendig gewesen, um die „glühende Begeisterung der hakenkreuzlerischen Massen zum letzten Elan zu steigern“. Das Vaterland zweifelt nach dem Reichstagsbrand nicht so sehr am Wahlsieg der NSDAP und der Deutschnationalen, als am Zusammenhalt und der Problemlösungskapazität der neuen Regierung. Für viele habe Hitler ja nach der Wahl seine Funktion erfüllt, indem er die Herrschaft der „nationalen Konzentration“ durchgesetzt habe. Zudem werde Hitler bald an seinen Versprechungen gemessen. Das bürgerliche Deutschland, das jetzt mitsamt dem Zentrum an die „Wand gequetscht“ werde, sei nicht in einer schlimmeren Situation als die nun Herrschenden, die unter dem Druck der Verhältnisse bald wieder zur Vernunft kommen und dann Hand bieten würden für die Sammlung aller nationalen Elemente, die Deutschland retten können (4.3.33).

Bereits eine Woche nach der Wahl ist das Vaterland zu einer Prognose nicht mehr in der Lage: Diktatur oder Kompromiss, beides sei möglich (11.3.33). Unter dem Eindruck der Machtzentrierung in Deutschland wird für das Vaterland die Veränderung rasch irreversibel: unter Übernahme der deutschen Begrifflichkeiten spricht es dann von „Revolution“ und „nationaler Erneuerung“ in Deutschland.

Gebannt blickt nun das Vaterland ab März 1933 auf eine „Revolution“ in Deutschland, auf eine „elementare Volkserhebung, eine imponierende Konzentration der grossen Massen auf einen Willen“ (15.3.33): „Hammerschlag

und Ambossklang! Die deutsche Politik gleicht jetzt einer Grobschmiede ...“, berichtet die Zeitung am 18.3., präzis eine Woche, nachdem sie in der Wahlergebnisbetrachtung (Rang 7) noch keineswegs sicher war über die zukünftige Entwicklung der Dinge in Deutschland. Plötzlich ist es für das Vaterland „schon lange nicht mehr zweifelhaft, dass die ganze Macht auf geraume Zeit hinaus den jetzt Regierenden zufällt“. Das Zentralorgan des politischen Katholizismus in der Schweiz entwickelt Verständnis für die katholische Schwesternpartei in Deutschland, die dem Ermächtigungsgesetz im Reichstag zustimmen werde, weil das Volk so „gebieterisch nach einem einhellen Willen“ verlange, dass auch „eine relativ starke Partei unter die Räder kommen würde, wenn sie sich dieser Bewegung entgegenstemmen wollte“ (18.3.33). Keine Opposition, so schreibt sie noch vor Annahme des Ermächtigungsgesetzes, hindere nun die Regierung am „Zyklopenwerk“ der Erfüllung ihrer Versprechungen. Unter dem Eindruck dessen, was in Deutschland vor sich geht, wandelt sich die kritische Haltung des Vaterlandes in eine abwartende Zustimmung, da es doch „vielleicht (...) eine Naturnotwendigkeit [gewesen sei], dass es so kommen musste ...“ (25.3.33). Die schiere Faktizität der plötzlichen Machtfülle der deutschen Regierung und das Tempo der Gesetzesproduktion übt auf das Vaterland eine Faszination aus, der sie sich trotz der Übergriffe auf die Juden und der Gleichschaltung der Länder nicht entziehen kann. Schon gar nicht lässt sie sich irritieren durch die Elimination der KPD, der Einkerkerung ihrer Mitglieder oder der Vernichtung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Vieles passt hinein in ihre vielfach variierte und den Kern ihrer Interpretation der Vorgänge in Deutschland verkörpernde Metapher von der Grobschmiede, wo zwischen Hammer und Amboss das eine oder andere mitgetroffen wird. Vorerst gilt die deutsche Entwicklung als eine „beinahe naturnotwendige Reaktion auf 14 trübe Jahre“. Diese „Ermannung“ sei ein „letzter Entscheidungskampf um Wohlfahrt oder Untergang“. Wenn dieses Experiment nicht gelänge, dann werde „die deutsche Volksseele (...) auf bolschewistischen Spazierfeldern sich ergeben“. „Denken wir daran, was für uns alle in Westeuropa ein kommunistisches Deutschland bedeuten müsste.“ „Das Ausland“ sollte „Verstand genug haben“, schreibt das Vaterland gegen die internationale Kritik an der Vernichtung der Opposition und den Judenverfolgungen, „um in dem weltgeschichtlichen Vorgang nicht nur den Kampf gegen Versailles, sondern die Ermannung eines wertvollen Kulturvolkes zu sehen, dessen imposante Kraftentfaltung in erster Linie freudige Lebensbejahung ist“ (6.5.33).

Durch diese Perzeption der „Ermannung“ des deutschen „Kulturvolks“ geleitet, durch die gleichzeitig stattfindende Entmachtung der Legislative im katholischen Österreich (Dollfuss-Regime) und durch die in die gleiche Richtung gehenden Forderungen der aus dem Boden schiessenden schweizerischen Frontenbewegung (Frontenfrühling) animiert, postuliert das Vaterland im

Frühling 1933 mit wachsender Vehemenz eine „Zeitenwende“ d. h. eine „Erneuerung“ der Schweiz. Die Jugend als Träger eines neuen Lebensgefühls, lehne die „Mechanisierung“, „Bürokratisierung“ und „Entpersönlichung“ des Lebenszusammenhangs ab und bekämpfe die Entwicklung von der „organischen Gemeinschaft zur mechanischen Gesellschaft“ (unzitierter Tönnies-Benutz). Sofern sich die Frontenbewegung auf dem Boden des „Schweizerischen“ bewegen würde und nicht hakenkreuzlerische „Reisläuferei“ betreibe, sei sie eine Bereicherung unseres nationalen und staatlichen Daseins (22.4.33). Wichtigstes Ziel dieser Erneuerung sei ein neues Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft, weil der gegenwärtige Zustand geprägt sei durch „Monopolisierung“ und „Trustbildung“ in der Wirtschaft und entsprechenden Gewerkschaftsmopolen. Dies bedeute das Vorherrschen von „Gruppensolidaritäten“ auf Kosten der „Volkssolidarität“, die Dominanz organisierter Machtparteien, die den Staat so für sich beanspruchen, dass dieser nur noch als „Wächter von Gruppeninteressen“ fungieren könne und verantwortlich für die Wirtschaftskrisen werde. Die bestehende Zwecksetzung der Wirtschaft im „Erwerbsinteresse“ müsse deshalb ersetzt werden durch das „Gemeinschaftsinteresse“. Sonst bestehe die Gefahr der Entstehung einer „hochkapitalistischen Zwangswirtschaft“, die sich unter dem Druck des Sozialismus zu einer „sozialistisch-staatskapitalistischen Zwangswirtschaft“ entwickeln könne. Hier müsse die Reformbewegung ansetzen. Der katholische Volksverein, die konservative Volkspartei und der christlichsoziale Arbeiterbund hätten mit der „berufsständischen Ordnung“ ein Programm, dessen „Zeit für die Verwirklichung (...) angebrochen“ sei. Jetzt gelte es diese „wichtigste Aufgabe“ zu realisieren und Kapital und Arbeit aus der „Isoliertheit ihrer Klassenkampfstellung herauszuführen“. Dieses Programm schaffe ein „Zwischengebiet nichtstaatlicher, aber öffentlicher Wirtschaft und öffentlicher Gesellschaftsgebilde“, d. h. Berufsstände mit öffentlich-rechtlichem Charakter. Dazu gehöre neu ein „Sozialrecht“ zwischen Individual- und Staatsrecht. Durch die berufsständische Ordnung werde die Gefahr einer „Diktatur des Staates“, „des Kapitals“ oder „des Proletariats“ verhindert und der Gesellschaft ihre „Selbständigkeit und Eigenwürde“ zurückgegeben (25.4.33).

Radikaliert durch den Forderungskatalog der Fronten, setzt das Vaterland neben die intensive Propagierung und Erläuterung der berufsständischen Ordnung immer mehr auch das Ziel der *Stärkung der Autorität der Staatsgewalt* gegen den vernichtenden Einfluss des „Kulturbolschewismus“. Das Zentralorgan der konservativen Volkspartei verstrickt sich dabei zunehmend in einer ambivalenten Haltung gegenüber der Frontenbewegung, deren Forderungen sie mit Verständnis aufnimmt, wenn auch das „Unschweizerische“, „Überschäumende“ und „Unausgegorene“ von den richtigen Postulaten dieser tief „idealistischen Bewegung“ zu scheiden seien. So scheint dem Organ der KVP

die Forderung nach „Rationalisierung des Parlamentarismus“ richtig, da die „Art der heutigen Volksvertretung (...) des Überlebten und Entarteten doch nicht entbehrt“. Im Vordergrund stehe heute „die solidarische Zusammenarbeit gegen Marxismus und Klassenkampf“, mehr noch: ein Gegenangriff gegen die „Unterwöhlung der sittlichen Grundlagen des Staatslebens“, die die Zeitung in erster Linie in der „seuchenhafte(n) Ausbreitung des Kulturbolschewismus“ erblickt. Gerade diese Abwehr verkörpere die beste Seite der Frontenbewegung (4.5.33). Allerdings tritt das Vaterland im Juni der Forderung der Fronten, künftig ohne Parteien auskommen zu können, entgegen. Diese Ziele liessen sich auf dem hergebrachten demokratischen Boden verwirklichen (13.6.33), wenn auch der „Liberalismus des alten Schlags“ ein „Hemmschuh“ darstelle (14.6.33).

Am konservativen Parteitag in Zürich (August) wurde im Zeichen dieser Erneuerung ein Sofortprogramm verabschiedet, dass die Stärkung der staatlichen Autorität gegen den Kulturbolschewismus als erstrangiges Ziel bestimmte. Zusätzlich wurde die „Anbahnung der berufsständischen Ordnung“ und der „Schutz des religiösen Bekenntnisses“ zu Hauptpunkten für die anzustrebende Revision der Bundesverfassung erklärt (1.8.33).

Erst die Anwendung der Gleichschaltung auf die Kirchen (insbesondere die Angriffe auf den bayerischen Katholizismus) und die Expansionsbestrebungen des Nationalsozialismus gegen Österreich, setzen im Vaterland ein Umdenken in Gang, das zu einer Distanzierung von der Entwicklung in Deutschland führt:

Noch in abwartender Zustimmung für das „naturhafte“ Geschehen der Erneuerung Deutschlands und im staunenden Verfolgen der Machtzentralisation, die das Schicksal dieser Nation unter *einen* Willen zwinge, indiziert das Vaterland bereits am 28.4., wo es die Reizschwelle der „Gleichschaltung“ sieht. Unter dem Titel „Gleichschaltung der Kirchen, oder freie Kirchen im freien Staat“ reagiert das Vaterland programmatisch auf die Konflikte innerhalb der evangelischen Kirche Deutschlands, wo die nationalsozialistische Bewegung der „Deutschen Christen“ eine episkopal (statt synodal) verfasste deutsche Reichskirche fordert, die das erste Testament und das Kreuz eliminieren und ein arisches Christentum realisieren soll (Anwendung der Arierparagraphen auf Priestertum sowie Gläubige). In einer grundsätzlichen Betrachtung der Unterschiede zwischen Protestantismus und Katholizismus stellt das Vaterland bezüglich ersterem fest, dass das Fehlen eines „fest umrissenen Kirchenbegriffs den Protestantismus in Deutschland in eine sehr kritische Lage gebracht“ habe. Gerade durch das Negieren der von Christus bestimmten kirchlichen Verfassung und des daraus abgeleiteten kirchlichen Rechts, sowie des ebenfalls von Christus eingesetzten, hierarchisierten Priestertums, entbehre der Protestantismus der Autorität, um im Konflikt mit dem Staat bestehen zu können. Dies

reflektierend verhehlt das Vaterland nicht, dass heute Protestanten wie Katholiken in Deutschland gemeinsame Interessen hätten: nur die freie Kirche im freien Staat, durch Konkordate vermittelt, könnte die „Würde der freien Persönlichkeit“ erhalten (28.4.33).

Die im Mai bekundeten Expansionsabsichten des „Dritten Reiches“ gegen Österreich (Rang 5) und die in der gleichen Zeit einsetzenden Gleichschaltungspressionen auch gegen die katholische Kirche (Rang 4) eliminieren nun schlagartig die Zustimmung für die „nationale Erhebung“ in Deutschland. Das Vaterland thematisiert den Stimmungswandel selbst, indem es am 17.5. auf einen Artikel in der Vorwoche verweist, wo sie unter dem Eindruck des Desasters der Abrüstungsverhandlungen in Genf noch gegen den Starrsinn beider Parteien (Grossbritannien und Frankreich contra Deutschland) und für Verständnis für Deutschland geworben hat. Jedoch die Reden, die nun „Worthelden“ im „Dritten Reich“ für die Expansion des Nationalsozialismus halten, könne sie nicht mehr verstehen. Angesichts dieser Entwicklung seien „bei uns (...) die Köpfe wieder so erhitzt, dass etwelche überhaupt die klarsten Sätze nicht mehr lesen und verstehen können“, ruft sie den Stimmen in den eigenen Reihen entgegen, die die deutsche „Ermahnung“ auch nach den verbalen Ausfallschritten gegen Österreich noch vorbehaltlos unterstützen (17.5.). Die betont zustimmende Haltung zum Dollfuss-Regime, das seit Frühjahr unter Missachtung der Rechte der Legislativen regiert, verstärkt sich im Zusammenhang mit Sprengstoffanschlägen, Überfällen nationalsozialistischer Gruppierungen sowie nationalsozialistischen Machtdemonstrationen in Österreich. Insbesondere die Nichtbelangung von Attentätern, die über die Grenze nach Deutschland flüchten konnten, die fortgeführten Anschlussreden, die Grenzsperrungen und Devisenbestimmungen Deutschlands gegen das katholische Österreich evozieren im Vaterland eine pro-österreichische Stimmung, in der die Unabhängigkeit des Nachbarlandes betont und das Widerstandsrecht gegen Deutschland ge-rechtfertigt wird.

Durch das Schicksal des Protestantismus und die Bedrängung Österreichs sensibilisiert, reagiert das Vaterland äussert heftig, als die neue bayerische Regierung Veranstaltungen des katholischen Volksvereins zu behindern und zu verbieten beginnt, sowie Auflösungsdrohungen gegenüber den katholischen Jugendorganisationen äussert. Das Bild Deutschlands als „Grobschmiede“, welches das katholische Zentralorgan zuvor noch bewundernd (und bezüglich der bisherigen Übergriffe verständnisheischend) verwendete, wird jetzt negativ konnotiert: die beabsichtigte Elimination der Konfessionen lässt die gesamte Gleichschaltungspolitik in einem neuen Licht erscheinen. Das Vaterland prägt deshalb eine neue Metapher, die diejenige der „Grobschmiede“ ergänzt und gleichzeitig entwertet: „Faust und Besen, Besen und Faust, das scheint der

ganze Apparat zu sein, dessen die Regenten zur Reinigungsarbeit bedürfen“ (10.6.33).

Kontinuierlich verschärft sich nun im Verlaufe des Jahres die Kritik des Vaterlandes an der Gleichschaltungspolitik. Mangels der Möglichkeit, den Katholizismus wie den Protestantismus von innen her zu sprengen, werde ersterer, nach der Amputation des politischen Katholizismus, von aussen eingekesselt: „Man versucht sozusagen den Katholizismus in seiner staatlich anerkannten kirchlichen Festung auszuhungern“.¹⁷ Das Mass des Erträglichen wird für das Vaterland bei weitem überschritten: „Zahlreiche Katholiken“ würden „heute in Deutschland durch ein geistiges Terrorsystem diffamiert, ohne dass die katholische Presse Deutschlands die Möglichkeit“ habe, „dagegen Protest einzulegen“. Umso mehr habe die katholische Presse ausserhalb Deutschlands „diese Funktion zu übernehmen“ (2.12.33). Der Nationalsozialismus hat, indem er das Christliche durch das „Völkische“ ersetzen wollte, seinen Kredit beim Zentralorgan des schweizerischen politischen Katholizismus verloren.

Die Gleichschaltung der Kirchen in Deutschland (Rang 4) und die Expansionsbestrebungen des Nationalsozialismus gegen Österreich (Rang 5) führten auch zu einer kritischeren Einstellung des Vaterlandes gegenüber der Frontenbewegung. Dies äusserte sich darin, dass die Zeitung die Propagierung des Programms ihrer Partei nicht mehr mit einer affirmativen Diskussion der Fronten verknüpft. Das Vaterland beruft sich in den Artikeln bezüglich „Erneuerung“ wieder verstärkt auf ihr eigenes Sozialprogramm der berufsständischen Ordnung in Kombination mit einer notwendigen sittlichen Erneuerung der Schweiz (vgl. Imhof 1992; Weber 1989):

„Nicht ohne Veranlassung durch das deutsche Vorbild“ und der neuesten Entwicklungen dort, begänne die „Frontenbewegung“ in der Schweiz „auszutreten“, schreibt das Vaterland am 7.7. Immer besser liessen sich nun die Grenzen abstecken zwischen dem „Vorteilhaften und dem Unvorteilhaften (dieser Bewegungen) für Volk und Staat“. Auf katholischer Seite täte man gut daran, darauf zu achten, „wie sich immer mehr antikatholisch-liberale Absichten (bei den Fronten) enthüllen“ würden. Diese Distanzierung von den Fronten, die kurz nach dem Ende der „abwartenden Zustimmung“ für die Entwicklung in Deutschland einsetzt, wird vom Vaterland selbst als Neuinterpretation des Frontenphänomens empfunden. Im gleichen Artikel reflektiert der Redaktor diese Einschätzungsverschiebung und sieht sich zu einer Differenzierung genötigt: diese Bemerkungen „sollen“ die gute und notwendige Wirkung der politischen „Erneuerungs-Bewegung“ nicht „in Zweifel“ ziehen, denn dies

¹⁷ Anspielung auf das Konkordat zwischen Vatikan und der deutschen Regierung vom Frühjahr 1933.

würde doch in „Widerspruch“ stehen „zu früheren Ausführungen in diesen Spalten“. Diese differenzierte Distanzierung von den Fronten drückt sich nicht zuletzt auch darin aus, dass diese nun ein Medienereignis für sich werden. Während bis zum Juni 1933 die Fronten im Rahmen der Artikel zur „Erneuerung der Schweiz“ (Rang 2) thematisiert wurden, manifestiert sich nun die kritischere Einstellung des Vaterlandes in einer eigenständigeren „Erneuerungspolitik“, die es nicht mehr opportun erscheinen lässt, die Fronten gleichzeitig mit den eigenen Erneuerungspostulaten (sittliche Erneuerung und berufsständische Ordnung) der Katholisch-Konservativen abzuhandeln. Die Frontenbewegung in der Schweiz wird in der Folge in performativer Einstellung und in separaten Artikeln beschrieben. Das Vaterland unterscheidet nun sorgfältig zwischen der Ablehnung ihrer „unschweizerischen“ Forderungen und der Form ihres Auftretens und der Bestätigung der „gesunden“ Seiten ihrer Programme.

Analog setzt sich das Vaterland mit dem Liberalismus auseinander: In der Schweiz müssten nun „neue wirtschaftliche Lebensformen heranreifen können“ gegen die „ausgewachsenen Misstände der liberalen Wirtschaft“. Der Liberalismus habe seine Zeit gehabt: „sie ist vorüber“, denn er habe gegen den Marxismus versagt. Nach dieser harten Distanzierung erfolgt aber eine Differenzierung, die dem todgeweihten Liberalismus nicht gänzlich seine Begründung abspricht: nicht alle liberalen Errungenschaften seien abzulehnen. In der Entwicklung der politischen Freiheiten gebe es ein Stück gemeinsamen Weges der Konservativen mit den Liberalen. Heute freilich verteidige der Liberalismus in der Abwehr gegen die Fronten nur noch seine Positionen, d. h. in der Defensive betreibe dieser nur noch Machtpolitik ohne ideellen Kern. Dem setzen die Katholisch-Konservativen „ihr ernstes und Zielbewusstes Programm politisch-nationaler Erneuerung“ entgegen. Die Aufgabe sei, den „sittlichen Idealismus“ aus den neuen Bewegungen „herauszuholen“, um ein „nationales, ein sittliches und ein soziales Kraftbewusstsein wieder zu wecken“ gegen die Abhängigkeit von einem „überlasteten Staat“ und gegen den „Kulturbolschewismus“ (7.7.33). Entsprechend dieser sorgfältigen Positionierung, die sich im Kern gegen die wesentlich radikaleren Forderungen der den Fronten sehr nahe stehenden Jungkatholiken richtet, sieht sich das Vaterland „zwischen zwei Heerlagern“, demjenigen des Liberalismus und demjenigen des frontistischen „Antiliberalismus“, dessen Christentum das Vaterland massiv kritisiert. Mit beiden Parteien sei von Fall zu Fall eine Zusammenarbeit möglich, verhängnisvoll wäre es aber, die eigene Organisation zu schwächen und zu den Fronten überzulaufen. Das Vaterland sieht sich angesichts des Erfolgs der frontistischen Parolen bei den Jungkonservativen veranlasst zu betonen, dass die Katholiken nirgends in der Schweiz so zu Hause seien wie in den historischen konservativen und christlich-sozialen Parteien (7.10.33).

Zusammenfassend: die Analyse des Zentralorgans des politischen Katholizismus in der Schweiz im Jahre 1933 zeigt, dass die Irritationen, die die Macht ergreifung und die Gleichschaltungspolitik der NSDAP, die Entmachtung des Parlaments in Österreich und das Frontenphänomen in der Schweiz bei der Bundesratspartei KVP auslösten, zunächst antiliberalen ideologischen Ressourcen im schweizerischen politischen Katholizismus mobilisierten, welche – mündend im papistischen *Autoritätsprinzip* einerseits und im *ständestaatlichen Konzept* andererseits – denn Gedanken an eine radikale Umgestaltung der schweizerischen Gesellschaft motivierten. Der bis zu diesem Zeitpunkt streng föderalistisch orientierte schweizerische Konservatismus trachtete zum ersten und zum letzten Mal danach, das Ganze in seinem Sinne umzugestalten.

Die Kirchenverfolgung in Deutschland, die nationalsozialistischen Annexionsbestrebungen gegen Österreich und die bestandsbedrohende Begeisterung der Jungkonservativen für die Frontenbewegung, machten dann die KVP rasch auf die möglichen Konsequenzen einer solchen Politik aufmerksam. Die emotionale Unterstützung für den Abwehrkampf des östlichen Nachbarlandes und für die Unabhängigkeit des malträtierten Katholizismus in Deutschland förderten eine wachsende Distanz zu den Fronten und die Besinnung auf die existenzsichernden Vorteile einer demokratischen Gesellschaft. Durch diesen Orientierungsprozess im Jahre 1933 reduzierte sich die Kontingenzbandbreite in Bezug auf die schweizerischen Krisenlösungsmuster dahingehend, dass die KVP als (Mit-)Trägerin einer totalitären Entwicklung nicht mehr in Frage kam.

Diese Exemplifizierung der innenpolitischen Wirkung der gesellschaftsumstürzenden Ereignisse in Deutschland und Österreich muss hier genügen. Dies gilt auch auch für die Möglichkeiten dieses Forschungsprojektes, das sich die Vermessung der Öffentlichkeit bzw. der öffentlichen Kommunikation zum Ziel gesetzt hat. Ich hoffe gezeigt zu haben, wie die Eruierung von Medienereignissen – über die Quantifizierung und Zuordnung von Medieninhalten – der historisch-soziologischen Forschung durch die aggregierten Daten vermessener Kommunikation *zunächst* einen Indikator sozialen Wandels liefert, *dann* der vergleichenden Forschungspraxis Material von hoher Relevanz im öffentlichen Diskurs zur Verfügung stellt und *schliesslich* die Analyse von gesellschaftlichen Verlaufsprozessen zwangsläufig auf die Knotenpunkte der öffentlichen Diskussion verweist.

LITERATURVERZEICHNIS

AFTALION A. (1913), *Les crises périodique de surproduction*, 2 Bde., Paris.

BARR K. (1979), „Long Waves: A Selective, Annotated Bibliography“, Review, II.

- BOMBACH G., KLEINEWEFERS H., WEBER L. (1977), *Lage und Probleme der Schweizerischen Wirtschaft*, Gutachten, Bd. I, Bern.
- EISNER M. (1991), *Politische Sprache und sozialer Wandel. Ein quantitative und semantische Analyse von Neujahrseitartikeln in der Schweiz 1840–1987*, Zürich.
- ERNST A., WIGGER E. (1993), „Innovation und Repression: Die Restabilisierung der bürgerlichen Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg“, in IMHOF, K., KLEGER H., ROMANO G. (Hrsg.), *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*, Zürich.
- FREEMAN C. (Hrsg.) (1983), *Long waves in the world economy*, London.
- HABERMAS J. (1984), *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Darmstadt.
- HOFFMANN-NOWOTNY H.-J. (1978), „Wirtschaftswachstum und soziokulturelle Destabilisierung“, in BEYME K. v., BORCHARDT K., DROR Y., FETSCHER I. et al., *Wirtschaftliches Wachstum als gesellschaftliches Problem*, Zürich.
- HORVATH F., KUNZ M. (1993), „Sozialpolitik und Krisenbewältigung im Vorfeld des Ersten Weltkrieges“, in IMHOF, K., KLEGER H., ROMANO G. (Hrsg.), *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*, Zürich.
- IM HOF U. (1991), *Mythos Schweiz. Identität – Nation – Geschichte*, Zürich.
- IMHOF K. (1993a), „Vermessene Öffentlichkeit – vermessene Forschung?“, in IMHOF K., KLEGER H., ROMANO G. (Hrsg.), *Zwischen Konkordanz und Konflikt I. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*, Zürich.
- IMHOF K. (1993b), „Lernen von Aussen? oder: Die Betrachtung des Irrationalen als Voraussetzung für Vernunft. Die Krisenlösungsmuster in Deutschland und Österreich im Jahre 1933 und ihre Wirkung auf die Schweiz“, in IMHOF K., KLEGER H., ROMANO G. (Hrsg.), *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*, Zürich.
- IMHOF K. (1992a), „„Gemessene Diskussionen“: Ansätze zu einer medienereignisbezogenen Analyse politischer Kommunikation“, in EISNER M., FUX B. (Hrsg.), *Politische Sprache in der Schweiz*, Zürich.
- IMHOF K., (1992b), „Das Fremde in der Gesellschaft“, in Thema, Zeitschrift für Jugend, Familie und Gesellschaft, Zürich, Heft 3–92.
- IMHOF K. (1990), „Mythos und Moderne. Zur Fragilität der posttraditionalen Gesellschaft“, in BORNNSCHIER V., EISNER M., IMHOF K., ROMANO G., SUTER Ch. (Hrsg.), *Zur Diskontinuität des sozialen Wandels*. Frankfurt/Main.
- IMHOF K., ROMANO G. (1991), Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel: Ein- und Überblicke, in: *Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel der Schweiz*, herausgegeben vom SCHWEIZERISCHEN SOZIALARCHIV, Zürich.
- IMHOF K., ROMANO G. (1989), Krise und sozialer Wandel, in: WEINBERGER, O. (Hrsg.), *Internationale Jahrbücher für Rechtsphilosophie und Gesetzgebung*, Wien.
- IMHOF K., ROMANO G. (1988), Sozialer Wandel und Rechtsproduktion, in: Schweiz. Zeitschrift für Soziologie, Vol. 14, Nr. 2, 247.
- JUGLAR C. (1862), *Des crises commerciales et de leur retour périodique en France, en Angleterre et aux Etats-Unis*, Paris.
- KLEGER H. (1992), „Demokratiekonflikte und Staatssemantik. Von der Verteidigung nach innen zur Verteidigung nach aussen: Das Staatsverständnis in den Nationalratswahlen der Zwischenkriegszeit“, in IMHOF K., KLEGER H., ROMANO G. (Hrsg.), *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*, Zürich.

- KONDRATIEV N. D. (1926), „Die langen Wellen der Konjunktur“, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 56.
- KUZNETS S. (1930), Secular Movements in Production and Prices, New York.
- SCHUMPETER J. A. (1961), Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, 2 Bde., Göttingen (erste Ausgabe: Business Cycles. A Theoretical, Historical and Statistical Analysis of the Capitalist Process, London 1939).
- SIEGENTHALER H. (1984), „Vertrauen, Erwartungen und Kapitalbildung im Rhythmus von Strukturperioden wirtschaftlicher Entwicklung: Ein Beitrag zur theoriegeleiteten Konjunkturgeschichte“, in BOMBACH G., GAHLEN B., OTT A. E. (Hrsg.), Perspektiven der Konjunkturforschung, Tübingen.
- SPIETHOFF A. (1955), Die wirtschaftlichen Wechsellagen. Aufschwung, Krise, Stockung, 2 Bde., Tübingen-Zürich.
- WEBER Q. (1989), Korporatismus statt Sozialismus. Die Idee der berufsständischen Ordnung im schweizerischen Katholizismus während der Zwischenkriegszeit, Freiburg.

Adresse des Verfassers:

Kurt Imhof

Soziologisches Institut der Universität Zürich, Rämistr. 69, 8001 Zürich

THEORY CULTURE & SOCIETY

RECENT & FORTHCOMING CONTENTS:

Anne Bowler and Blaine McBurney
Gentrification of the Avant-Garde

Rita Felski *Feminist Theory and Social Change*

Pierre Bourdieu *Thinking about Limits*

Nancy Fraser *The Uses and Abuses of French Discourse Theories for Feminist Politics*

Randall Collins *On the Sociology of Intellectual Stagnation: The Late Twentieth Century in Perspective*

Frances Bonner and Paul du Gay
Representing the Enterprising Self: thirtysomething and Contemporary Consumer Culture

David Frisby *Between the Spheres: Siegfried Kracauer and the Detective Novel*



Edited by **Mike Featherstone**

'It seems to me that Mike Featherstone and his editorial group have done more than any other sociological group to move sociology forward into new terrains of thought and discourse and they have done so with power, grace and insight'.

*Professor Norman Denzin,
University of Illinois*

Published quarterly in February, May, August and November

**Try out a subscription at the introductory
20% discount rate**

20% Discount Order Form

Send this order form to:

 **Sage Publications**

6 Bonhill Street, London EC2A 4PU, UK
Tel: 071-374 0645
Or why not fax us your order on
071-374 8741?

US Orders to:

Sage Publications, PO Box 5096, Newbury Park, CA 91359, USA

Yes! I want to subscribe to *Theory, Culture & Society* at a 20% Discount

Individual Rate at £22(£28*)/ \$36(\$46*)
 Institutional Rate at £60(£75*)/ \$99(\$124*)

*Usual 1992 rate

Name _____

Address _____

THREE WAYS TO PAY!

CHEQUE!... I enclose a cheque (made payable to Sage Publications)

GIRO!... I have today paid by International Giro to A/c No 548 0353

Date _____

CREDIT CARD!... Please charge my credit card

Mastercard Access Visa
 Barclaycard American Express
 Diner's Club Eurocard

Card Number _____

Expiry Date _____

Signature _____

Date _____